

PEACE KEEPING – DIE NEUE AUFGABE DER SOLDATEN

Dr. Eugenie v. Trütschler

Bereits zum vierten Male innerhalb der letzten zehn Jahre lud die Evangelische Akademie in Tutzing/Oberbayern zu einer sicherheitspolitischen Tagung ein. Unter den 200 angemeldeten Teilnehmern fand man Namen wie Hildegard Hamm-Brücher oder Egon Bahr. Die Generalität war vertreten und die Evangelische Kirche. Meine Einladung verdanke ich einer fünfundzwanzigjährigen politischen Tätigkeit im Freistaat Bayern und so war ich - jetzt in Erfurt tätig - zwar die einzige Teilnehmerin aus den neuen Bundesländern, wiewohl nicht gerade deren typische Vertreterin.

Eine knappe Woche lang wurde über die Möglichkeiten künftiger Sicherheitspolitik diskutiert, diesmal selbstverständlich anders, als das noch vor drei oder vier Jahren möglich gewesen wäre. Oder?

Schon vor längerer Zeit gab es verschiedene Anstöße, z.B. im Bezirksfachausschuß „Europa- und Sicherheitspolitik“ der FDP. Den Vorschlag von Dr. Jakob Hacks, dem Bruder des DDR-Schriftstellers Peter Hacks, für eine gesamteuropäische Sicherheitspolitik habe ich schon vor Jahren als damaliges bayerisches Mitglied des Bundesfachausschusses der FDP der Parteispitze vorgestellt. Man dankte auch schriftlich für die Arbeit des Ausschusses, erklärte aber, das Konzept sei zu weit von der Wirklichkeit entfernt. „Von der Wirklichkeit entfernt“ war wohl auch das bereits in den siebziger Jahren von Jaroslav Langer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ausgearbeitete Konzept der kleineren Kampfgruppen, das er aufgrund seiner Erfahrungen im Warschauer Ghetto entwickelt hatte.

Wenn also seit Jahren sicherheitspolitische Konzepte auf dem Tisch liegen, die damals als wirklichkeitsfremd abgetan wurden, ihre Tragfähigkeit bis heute aber nicht verloren haben, so wird das auch in dem Gedanken von Egon Bahr deutlich, wenn er feststellte, daß wir uns durch die Veränderungen in Europa einerseits zwar in einem anderen Zeitalter befinden, andererseits aber die globalen Probleme unverändert geblieben sind. Bevölkerungsexplosion, Umweltzerstörung und Hunger sind Bereiche, die wir durch die jahrelange intensive Beschäftigung mit dem Ost-West-Konflikt zu wenig beachtet haben.

Jahrzehntlang ging man davon aus, daß die Einheit Deutschlands nur das Ergebnis einer europäischen Sicherheitsordnung sein könnte. Wäre diese Einheit einmal erreicht, würde die Existenz der NATO nicht mehr berechtigt sein. Die Tatsachen haben jene lang und perfekt ausgetüftelten politischen und militärischen Theorien zunichte gemacht. Der Zerfall des Warschauer Paktes aber zwingt die östlichen Nachbarn, insbesondere die Länder der Visegrader Gruppe - Polen, Ungarn, die Slowakische und die Tschechische Republik - dazu, sich nach neuen Sicherheitsgaranten umzusehen. Nach Jahrzehnten, in denen nur das russische Militär das Sagen hatte, ist auch dem letzten Slawophilen in diesen Ländern das Interesse an einer Hinwendung in Richtung Rußland vergangen. Es ist also verständlich, daß sich diese Länder ebenso wie die baltischen Staaten hilfesuchend an die NATO wenden.

Die Hauptaufgabe Europas in Richtung Osten sieht Egon Bahr in der Ausfüllung dieses Sicherheitsvakuums. Er betont jedoch auch, daß Sicherheit in Europa nicht ohne oder gegen Rußland möglich sei und plädiert für eine europäische Sicherheitsgemeinschaft als kollektives System, „bei dem grundsätzlich jeder Teilnehmerstaat verpflichtet ist, jedem zu helfen, der von innen oder außen Objekt einer Aggression wird.“

Nach Meinung von Jonathan Dean, Arms Control Advisor, Union of Concerned Scientists, Washington, könne die NATO als „paneuropäische Organisation mit der Funktion eines Armes der KSZE“ die Sicherheitsgarantie in Europa übernehmen. Ihre Hauptaufgabe läge dann im Bereich der „vorbeugenden Intervention, die darauf gerichtet ist, das Ausbreiten der Massengewalt zu vermeiden oder einzudämmen“. - Eine Lehre, die aus dem Handeln oder Nichthandeln im Jugoslawienkonflikt gezogen werden soll.

Auch die NATO selbst hat erkannt, daß sie ihre Aufgaben neu überdenken muß, wie Majorgeneral Dietrich Genschel darlegte. Statt „vorbeugender Intervention“ nannte Genschel die zukünftige Hauptaufgabe des Bündnisses „peace keeping“ und betonte die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit mit der UNO und der KSZE in diesem Bereich. Der Vertreter der NATO, der auch die Gespräche mit den beitragswilligen Ländern in Mittelosteuropa führt, gab jedoch zu: „Im Hinblick auf Krisenmanagement fehlt noch eine adäquate Substrategie ... Das Spektrum neuer Risiken ... erfordert völlig neue Formen von Aufklärung, Frühwarnung, Analyse und ein neues System von Maßnahmen vor allem im präventiven Bereich. All das ist bisher weder in der Allianz selbst, geschweige denn im Konzept mit anderen angepackt worden.“ Gesichert scheint die Schaffung einer Ad-hoc-Gruppe des NATO-Kooperationsrates, die eine solche Aufgabe zukünftig übernehmen könnte. Voraussetzung ist

jedoch die Existenz einer Ad-hoc-Planungsgruppe der NATO, und solange diese auf sich warten läßt, ist die NATO im Bereich des „peace keeping“ nur bedingt handlungsfähig.

Eine Chance, die WEU, die bereits 1954 in Paris gegründet worden ist, mit neuem Leben zu erfüllen? Theoretisch ja, der Vertrag von Maastricht will die Zusammenarbeit im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bereich erweitern. Künftig soll es eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik geben, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte. Diese „politisch-militärische Organisation“, wie sie der Generalsekretär der WEU, Dr. Wilhelm van Eekelen nannte, zeigt kleine, jedoch gravierende Mängel: Weder Dänemark noch Irland als EG-Mitglieder gehören dieser Organisation an. Aus diesem Grunde wohl soll sich nach Meinung van Eekelens die WEU auf drei Bereiche konzentrieren:

- Humanitäre Einsätze z.B. bei Erdbeben,
- friedenserhaltender Einsatz im Einverständnis mit den Parteien und
- Einsätze zur Krisenbewältigung

Daß die WEU während der Jugoslawienkrise - trotz der Bitte der EG-Staaten - nicht in der Lage war, ihre militärische Einsatzfähigkeit zu prüfen und sich erst nach langem Ringen bereit erklärt hatte, sich an der Administration von Mostar zu beteiligen, scheint einem Befürworter einer eigenständigen europäischen Sicherheitspolitik genauso unverständlich zu sein wie die Forderung ihres Generalsekretärs, die kollektive Verteidigung solle von der NATO übernommen werden.

Der deutsche Botschafter bei der KSZE in Wien, Dr. Günther Joetze, schloß sich der Meinung des Generalsekretärs der WEU nicht an. Verständlicherweise plädierte er für die Übernahme künftiger Sicherheitsaufgaben durch die KSZE. Hinter seinem Hinweis, die Russen fühlten sich in der KSZE wohl, müssen wir die Tatsache sehen, daß die KSZE die einzige, im Westen ins Leben gerufene Organisation ist, in der Rußland - und dies seit über einem Jahrzehnt - mitreden kann. Botschafter Dr. Joetze ist davon überzeugt, daß die KSZE vor allem im Bereich der Rüstungs- und Abrüstungskontrolle tätig sein kann und verwies in diesem Zusammenhang auf den „regionalen Tisch“, den die KSZE mit den baltischen Staaten sowie den Vertretern des ehemaligen Jugoslawien unterhält.

Für einen Ausbau der Kompetenzen der KSZE sprach sich auch der Vertreter der Vereinten Nationen aus. Mit welcher Absicht diese Organisation den Russen Wladimir Petrowski mit dem Vortrag in Tutzing betraut hat, sei dahingestellt. Mit Petrowski haben die Zuhörer jedenfalls einen paneuropäisch engagierten Russen kennengelernt, der sein Land als Bestandteil einer künftigen europäischen Sicherheitszone sehen möchte. Er untermauerte seine Gedanken mit Beispielen aus der Geschichte des Zarenreiches, in denen er vor allem auf die Tradition enger wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen Rußlands zu Westeuropa hinweisen wollte. Während seiner Ausführungen mußte ich an jene Feststellung von Tschingis Aitmatow denken, daß durch die Unterdrückung der nationalen Kulturen während der kommunistischen Herrschaft die Bevölkerung der ehemaligen UdSSR heute unter Minderwertigkeitskomplexen leide.

In seinem einführenden Referat hatte Egon Bahr die „globalen Probleme“ angesprochen, nach insgesamt elf Vorträgen mußte am Ende der Tagung festgestellt werden, daß er der einzige europäische Redner blieb, der die Probleme des Südens unserer Erde überhaupt streifte, obwohl der Untertitel der Tagung lautete: „Kooperative Sicherheitspolitik in der Ost-West und Nord-Süd-Dimension“. Wie tief wir in der Problematik des West-Ost-Konfliktes stecken, wurde erst richtig deutlich, als Professor Adebayo Adedeji, der geschäftsführende Direktor des African Centre for Development and Strategie Studies allen Anwesenden die Diskrepanz zwischen den Hoffnungen, der Menschheit nach 1945 und der gegenwärtigen Lage vor Augen führte: „Die Erwartung, daß nach dem 2. Weltkrieg eine bessere Welt aufgebaut würde, auf der Grundlage von Gerechtigkeit, vor allem wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit, auf der Grundlage von Freiheit, vor allem politischer Freiheit, die sich aus der Abschaffung von Kolonialismus und Imperialismus ergibt, auf der Grundlage von Toleranz, vor allem Rassentoleranz und der Abschaffung von Rassismus und Rassenvorurteilen und auf der Grundlage von Menschlichkeit, vor allem von weltweiter Anerkennung des Ideals einer Einheit der Menschheit und der Würde des Menschen, ist eine Schimäre geblieben.“

Mit dieser Feststellung konnten sich sicher alle Teilnehmer identifizieren, sie ist bekannt; weniger jedoch, daß sich die Einkommensdifferenz zwischen dem reichsten Fünftel der Länder der Erde und dem ärmsten Fünftel zwischen 1970 und 1989 vom Verhältnis 32:1 auf 60:1 erhöhte. „Auf den Norden mit einem Fünftel der Weltbevölkerung kommen vier Fünftel des weltweiten Bruttosozialprodukts, des Welthandels, der Inlandsersparnisse ... die Ärmsten der Armen kommen insgesamt auf armselige 1,4% des weltweiten Bruttosozialprodukts, auf 1% bei Handel und Ersparnissen und auf 1,3% bei Investitionen.“

Diese Zahlen müßten bei der Konstruktion einer künftigen Sicherheitsordnung berücksichtigt werden, denn diese muß *mit* dem Süden, und nicht gegen den Süden, aber auch nicht *ohne* ihn konzipiert werden. Eine Ignoranz gegenüber diesen Zahlen, wobei hier bewußt nur von diesen gesprochen wird, würde mit Sicherheit zu einer noch größeren Destabilisierung des Südens führen, die, wie der „Fall Jugoslawiens“ zeigt, letztlich auch die Westeuropäer zu spüren bekommen. Ein „peace keeping“ muß den Süden mit einbeziehen, welche Institution auch immer federführend sein wird.

Die am Schluß der Tagung stattfindende Diskussion über die künftige Rolle Deutschlands wurde zwischen Peter Glotz von der SPD und Horst Telcik von der CSU nicht nur wegen der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit sehr temperamentvoll geführt. Während sich Telcik, den man - ohne zu übertreiben - den Mitkonstrukteur der Ostverträge nennen kann, für eine möglichst sofortige Aufnahme der Visegrader Gruppe in die EG aussprach, vertrat Glotz die Ansicht, die Gemeinschaft würde dies finanziell nicht verkraften. Ein Argument, das zum Zeitpunkt des Beitritts Griechenlands 1981 und 1986, als Spanien und Portugal in die Gemeinschaft kamen, genauso kontrovers diskutiert worden ist. Daß die Gemeinschaft auf das innere politische Gefüge der einzelnen Staaten positiven Einfluß ausübt, hat sich gerade aber auch am Beispiel Spaniens gezeigt. Zu fragen bleibt, ob das nicht wichtiger ist, als der finanzielle Aspekt.

Als Fazit bleibt, daß die künftige Sicherheitspolitik neue Lösungsmuster brauchen wird. Und hierzu bedarf es viel Phantasie.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/ 11 Juni 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>